

Umweltpolitiker auf „unterirdischem“ Terrain

Auf einer fünftägigen Radtour sammelt der **Grüne** Boris Palmer Argumente gegen die Landesregierung

Radeln, von Tübingen über die Schwäbische Alb, durchs Allgäu, an Bodensee und Hochschwarzwald – Sommerernten pur. Nicht nur Boris Palmer, der umweltpolitische Sprecher der grünen Landtagsfraktion, legt den ausgedehnten Ausflug auch als Beweisführung an. Dafür, dass im Land die Bedingungen für Radfahrer alles andere als gut seien, und dass die Landestreg-

ierung mit ihrer Behauptung, es gebe 17 optimale kreisübergreifende Langstreckenrouten, falsch liege. Die seien wohl „unterirdisch“ angelegt, höhnt der 31-Jährige, als er nach 310 Kilometern, etwas weniger als der Hälfte seines fünftägigen Marathons, in Konstanz ankam. Von guten Bedingungen hat der sportliche Abgeordnete unterwegs nicht viel gesehen. Den Ausbau der Radwege lässt er „bis auf kleine Lücken“ an den Kreisgrenzen als passabel durchgehen. Aber die Beschuldigung – ein einziges Ärgernis: Fast überall kaum lesbare Miniaturläufchen, die so gut wie keine Informationen böten. Die Landesregierung solle es doch nicht bei ein paar für sie kostenneutralen Empfehlungen an die Kommunen belassen, sondern sich ein Beispiel an der

Schweiz nehmen. Für vier Millionen Franken hätten die Eidgenossen ein 3000 Kilometer langes Radwegernetz angelegt, das beispielhaft sei. Auf ein heiliches Schildern seien nicht nur Entfernungen präzise angegeben, auch auf Attraktionen an den Strecken und in den Orten gebe es Hinweise. So mache die Schweiz mit dem Radtourismus einen Jahres-Umsatz von 130 Millionen Franken. „Die Leute sollen Geld liegen lassen dürfen“.



Boris Palmer

Der 31-jährige

Sohn von „Remstal-Rebel“ Helmut Palmer studierte

(inklusive eines Auslandssemesters in Sydney/Australien) Geschichte und Mathematik in Tübingen. Nach dem Abitur an einer Waldorfschule fand er den Weg in diverse Öko- und Bürger-Initiativen; seit 1997 arbeitet er in den Grünen

„**Einnarschieren können wir nicht.**“ Boris Palmer zum deutschen Verhältnis zur Schweiz

Palmer vermisst auf den baden-württembergischen Radler-Ferrouten auch Hinweise auf Umstiegsmöglichkeiten auf die Bahn. Und bei dieser sowieso vernünftige Verbindungen, gerade aus den attraktiven Landschaften im Süden nach Norden. Die weitgehend eingeleistete und deswegen langsame Gäubahn von Singen nach Stuttgart zum Beispiel. Warum nicht Geld in ein paar Doppelspur-Inseln stecken, fragt er und zieht im gleichen Atemzug den Sinn der 76-Millionen-Euro Subvention für den fast bankrotten Baden-Airpark in Zweifel. Den würde der Verkehrspolitik wegen Unwirtschaftlichkeit und Überflüssigkeit schließen. Der Straßburger Flughafen sei nur wenige Kilometer entfernt und Frankfurt mit dem ICE gut zu erreichen.

Fluglärm und -sicherung ist natürlich ein Thema, mit dem der Abgeordnete in Südbaden konfrontiert wird. Würde der Luftverkehr nach Kloten realistisch geregelt, müssten zwei Drittel der Flüge über Schweizer Gebiete abgewickelt werden. Dann, so meint Palmer, wäre auch der Warterraum Relax über der Baar wahrscheinlich überflüssig. Ministerpräsident Erwin Teufel (CDU) wirft er vor, die Lautstärke

seiner Argumentation in Sachen Staatsverrag hänge nicht mit dem Ausmaß des Fluglärms zusammen, sondern mit der Farbe der Bundesregierung. Scheinheiligkeit unterstellt der Grüne dem Regierungschef, wenn er fragt, warum dieser sich eigentlich nicht am Motorengebröhl über Stuttgart störe.

Auf dem Weg an den Hochrhein muss der Grünen-Politiker natürlich „an Benken denken“. Das tut er sehr differenziert. Der Gedanke, ein Endlager für Atommüll in Opalinuston einzurichten, behagt ihm nicht unbedingt. Da die Schweiz für diesen Zweck aber keine besseren Gesteinsformationen vorzuweisen habe, müsse eine länderübergreifende Lösung gesucht werden, zumal die heutigen Staatsgrenzen nicht mehr gelten, wenn der radioaktive Müll noch lange strahle. Voraussetzung sei allerdings, dass die Schweiz ihre Atommeiler abzwelfe. Daran hat Realist Palmer zwar Zweifel, weiß aber auch: „Einnarschieren können wir nicht“. Also, weiter verhandeln. Doch allein die Erfahrungen aus dem Umwelt- und Verkehrsausschuss des Landtags dämpfen kurzfristige Hoffnungen. Mehr als „laue Forderungen“ hat der langjährige Öko-Aktivist bisher nicht ausmachen können.